

**Von:** [katrin-urban-mangold@tpponline.de](mailto:katrin-urban-mangold@tpponline.de) [mailto:[katrin-urban-mangold@tpponline.de](mailto:katrin-urban-mangold@tpponline.de)]

**Gesendet:** Donnerstag, 29. August 2019 09:44

**An:** 'ob-buero@passau.de' <[ob-buero@passau.de](mailto:ob-buero@passau.de)>

**Betreff:** Antrag: Kohlestromausstieg in Passau

**Urban Mangold, 2. Bürgermeister**

**Paul Kastner, Stadtrat**

Herrn Oberbürgermeister

Jürgen Dupper

## **Antrag: Kohlestromausstieg in Passau !**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte legen Sie den folgenden Antrag den zuständigen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vor.

### Antrag:

Die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Passau GmbH weist die SWP-Geschäftsführung wie folgt an:

1. Die Geschäftsführung wird beauftragt, einen Stufenplan für den Ausstieg aus dem Ankauf von Kohlestrom zu erarbeiten. Der regenerative Stromanteil des von den Stadtwerken verkauften Stroms muss in diesem Plan entsprechend erhöht werden.
2. Die Geschäftsführung wird beauftragt, zum vertraglich frühestmöglichen Zeitpunkt mit dem schrittweisen Ausstieg aus dem Kohlestrom-Einkauf zu beginnen.
3. **Die Geschäftsführung wird angewiesen, ab 2030 keinen Kohlestrom mehr von Vorlieferanten einzukaufen.**

### Begründung:

Deutschland soll nach dem Willen der von der Bundesregierung eingesetzten Kohlekommission bis spätestens Ende 2038 die Stromgewinnung aus Kohle beenden. Ministerpräsident Söder hat hierzu erklärt, dass er einen früheren Ausstieg aus der Kohleverstromung bereits im Jahr 2030 anstrebt und für möglich hält.

Die Stadt Passau sollte selbstverständlich nicht hinter den Klimaschutzziele der Bayerischen Staatsregierung zurückbleiben. Deshalb soll die Stadtwerke-Geschäftsleitung mit diesem Antrag angewiesen werden, spätestens ab 2030 (**wie von Ministerpräsident Söder empfohlen**) überhaupt keinen Kohlestrom mehr einzukaufen und schon zuvor Schritt für Schritt diesen klimaschädlichen Stromeinkauf im Rahmen eines Stufenplans zu beenden. Je schneller, desto besser.

Viele Städte haben bereits den Klimanotstand ausgerufen, weil die Klimakrise nun auch in Deutschland schwerwiegende Auswirkungen hat. Die Hitze erreicht neue Höchstwerte. Hitzebedingte Todesfälle, Waldbrände und Ernteauffälle sind die Folge. Wir sind uns sicher, dass die Mehrheit der

Bevölkerung von den Politikern den Mut erwartet, sich gegen die Gewinninteressen der Stromkonzerne zu stellen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass sie geschützt werden und dass die Politik die größtmöglichen Anstrengungen im Kampf gegen die Klimaüberhitzung unternimmt. Wir fordern klare politische Vorgaben für den Stromeinkauf der Stadtwerke.

Die ÖDP-Fraktion hat in ihrem bereits eingereichten Klimaschutzantragspaket weitere Maßnahmen beispielhaft aufgezeigt.

Urban Mangold

Paul Kastner